

Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Sommerlounge der Köln AG am 4. Juli 2018, 17 Uhr, Club Astoria, Guts-Muths-Weg 3

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach,
sehr geehrte Frau Möller,
sehr geehrter Herr Schwanke,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Wohnungswirtschaft, aus Politik und Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch in diesem Jahr bin ich sehr gerne wieder zur Sommerlounge der Köln AG gekommen. Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam einen sehr interessanten und – für die Zukunftsfähigkeit unserer wachsenden Stadt – vor allem wichtigen und nachhaltigen Abend zu verbringen.

Meine Damen und Herren,
kaum ein Thema ist in Köln momentan so dringend und präsent wie das „Bauen und Wohnen“.

Wie Sie mich kennen, ist es mir nicht nur als Oberbürgermeisterin sondern auch persönlich ein Ziel und auch dringendes Bedürfnis, bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt zu schaffen und zu erhalten. Ich freue mich, dass ich mit unserem Beigeordneten Markus Greitemann nun wieder einen starken Mitkämpfer an meiner Seite haben.

Die von mir eingerichtete Wohnungsbauleitstelle nimmt immer weiter Fahrt auf – auch dank einer nunmehr guten Personalausstattung. Einige unter Ihnen wissen, wie sehr ich dafür kämpfen musste, erst die notwendigen Stellen zu schaffen, um diese dann aber auch zu besetzen. Nach der Sommerpause wird das siebenköpfige Team der Wohnungsbauleitstelle in voller Besetzung durchstarten können.

Die Wohnungsbauleitstelle soll zentrale Anlaufstelle für Investoren und alle anderen Akteure des Wohnungsmarktes sein – und zwar für Bauprojekte mit mehr als 50

Wohneinheiten. Zudem sollen Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt und Projektentwicklungen von Externen gefördert werden. Wir haben uns im Verwaltungsvorstand das Ziel gesetzt, jährlich etwa 15 Wohnungsbauvorhaben zu priorisieren und haben die Wohnungsbauleitstelle mit der Entscheidungsbefugnis ausgestattet, diese Prioritätensetzung innerhalb der Verwaltung auch durchzusetzen.

Die Wohnungsbauleitstelle fungiert darüber hinaus bei konfliktbehafteten Wohnungsbauvorhaben als Clearingstelle.

Neben der Wohnungsbauleitstelle ist seit der Sommerlounge 2017 ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht worden: die Unterzeichnung des „Kölner Wohnbündnisses“ am 27. November 2017. Das erklärte Ziel des Bündnisses zwischen Wohnungswirtschaft, Verbänden und der Stadt Köln ist die schrittweise Erhöhung der jährlichen Wohnungsneubauzahlen auf 6.000 Wohneinheiten.

Die Vereinbarung gilt bis zum Jahr 2030 und unterstreicht die Notwendigkeit und den Wert der Zusammenarbeit und des konstruktiven Dialogs. Im Wohnbündnis wird dokumentiert, welche konkreten Aufgaben die jeweiligen Institutionen zu erbringen haben, damit wir die anstehenden Herausforderungen meistern können.

Meine Damen und Herren,
uns allen ist klar, dass sich unsere Stadtverwaltung auch besser aufstellen muss, um Köln fit für die Zukunft zu machen – und den Menschen in unserer Stadt beste Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Ein ganz wichtiger Punkt der Verwaltungsreform ist, dass das Baugenehmigungsverfahren einfacher und schneller abläuft. Aus diesem Grund habe ich im Dezember vergangenen Jahres im Rahmen der Verwaltungsreform das Verbundprojekt „Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen“ initiiert. Ziel ist es, die Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens schneller voranzutreiben. So sollen Abläufe innerhalb der Stadtverwaltung beschleunigt werden. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger sollen Dienstleistungen rund um das Baugenehmigungsverfahren einfacher abrufen können.

- Wir werden flächendeckend die eBauakte einführen und damit ermöglichen, dass die vielen zu beteiligenden Fachbereiche gleichzeitig auf ein und denselben Bauantrag zugreifen können. Es ist eine einfache Rechnung: Arbeitsschritte, die

bislang weitgehend nacheinander geschaltet waren, können künftig parallel erfolgen. Dazu gehört die Einführung einheitlicher Standards und damit eine erhebliche Entschlackung des Prüfprozesses.

- Wir werden dabei auch analog die Parallelbearbeitung forcieren.
- Wir führen eine neue Baugenehmigungs-Software ein. Diese wird explizit auf die Baugenehmigungsprozesse in Köln, auf die hier bestehenden Ämterstrukturen, das vorhandene Antragsvolumen sowie die fachlichen Herausforderungen zugeschnitten sein. Gemeinsam mit der eBauakte wird sie das Fundament des Digitalisierungsprozesses bilden.
- Wir werden den sogenannten digitalen Prüfvermerk etablieren und ermöglichen, dass Sie aufbauend auf dem Köln-GIS diejenigen grundstücksbezogenen Daten, die einen offenen Zugang erlauben, flurstücksscharf und tagesaktuell abrufen können.
- Wir packen unsere „analogen Leichen im Keller“ an – wenn ich das sprichwörtlich so umschreiben darf – und gehen das Großprojekt „Digitalisierung der Baulastakten“ an. Wir sprechen hier von 55.000 Baulasten, die in 44.000 Baulastakten seit den 1960er Jahren in Papierform geführt wurden. Durch die digitale Bereitstellung dieser Informationen können wir Auskünfte schneller erteilen, Neueintragungen und Änderungen schneller vornehmen und die Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger, für Sie als Antragsteller erheblich verkürzen. Das ist ein Gewinn für uns alle – denn wir sprechen von rund 20.000 externe Anfragen, Anträge et cetera pro Jahr. Und es unterstreicht die Serviceorientierung unserer Verwaltung.

Und das wird noch nicht alles sein. Wir planen, weitere Vorhaben sukzessive in das Verbundprojekt einzubinden, so dass das Baugenehmigungsverfahren immer weiter verbessert wird.

Meine Damen und Herren,

die Ministerin hat es schon gesagt: Die Stadt Köln erhält hierbei Rückenwind aus Düsseldorf. Ich schaue jetzt natürlich in Ihre Richtung, liebe Frau Ministerin Scharrenbach. Köln wurde im Frühjahr dieses Jahres neben fünf anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen – wie etwa Gütersloh und Dortmund – in das Modellprojekt „Digitales Baugenehmigungsverfahren“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

aufgenommen. Das ist eine große Chance für Köln und unterstützt unsere Aktivitäten sehr.

Meine Damen und Herren,

all diese Maßnahmen werden dazu beitragen, dass der Wohnungsbau in Köln weiter vorangetrieben wird und wir gemeinsam den anstehenden aktuellen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen werden.

Bis zur nächsten Sommerlounge in 2019 haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- Das Verbundprojekt „Beschleunigung von Baugenehmigungsprozessen“ werden wir mit aller Kraft vorantreiben und damit einen großen Schritt zur Intensivierung des Baugenehmigungsverfahrens vorankommen.
- Im Verlauf des 2. Halbjahres 2018 wird die „Projektkonferenz Wohnungsbau“ eingerichtet, die von der Wohnungsbauleitstelle federführend organisiert wird. Ziel ist es, Wohnungsbauvorhaben bereits in einem sehr frühen Planungsstadium auf ihre generelle Umsetzungsfähigkeit hin zu prüfen und mögliche Hemmnisse – soweit möglich – zu erkennen und auszuräumen.
- Ich möchte 2019 erreichen, dass wir Bauanträge zu wichtigen Wohnungsbauvorhaben – unter der Voraussetzung, dass die eingereichten Unterlagen vollständig und genehmigungsfähig sind – im Regelfall innerhalb von drei bis sechs Monaten bescheiden.

Im Gegenzug habe ich aber auch einen Wunsch: Und zwar, dass das Engagement und die Bauleistung der gesamten Wohnungswirtschaft im preiswerten öffentlich geförderten Wohnungsbau deutlich zunimmt. Denn: Wir benötigen für die Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum.

Die Stadt Köln und das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW – und erneut blicke ich in Ihre Richtung, liebe Frau Ministerin Scharrenbach – ist im Begriff, die Zielvereinbarung zur Wohnraumförderung 2019 bis 2022 zu unterzeichnen. Unser Ziel ist es, dass jährlich mindestens 1.000 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau entstehen und sich die Anzahl der öffentlich geförderten, rollstuhlgerechten Wohnungen in Köln von derzeit 275 bis zum Jahr 2022 deutlich erhöht. Um dieses Ziel erreichen zu können, sind wir auf die durch Ihr Ministerium, liebe Frau Scharrenbach, bereitgestellten Fördergelder angewiesen. Einige der Kölner Vorzeigeprojekte des geförderten Wohnungsbaus konnten Sie am

heutigen Nachmittag sogar persönlich besuchen. Im vergangenen Jahr wurden der Stadt Köln insgesamt 100 Millionen Euro Wohnraumfördermittel zur Verfügung gestellt. Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich an dieser Stelle sehr herzlich, liebe Frau Ministerin Scharrenbach. Aber ich sage auch ganz klar: Das muss so bleiben. Das darf auch noch höher ausfallen!

Meine Damen und Herren,
lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen angehen und sie bewältigen – für Köln und seine Menschen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen weiterhin konstruktiv und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.